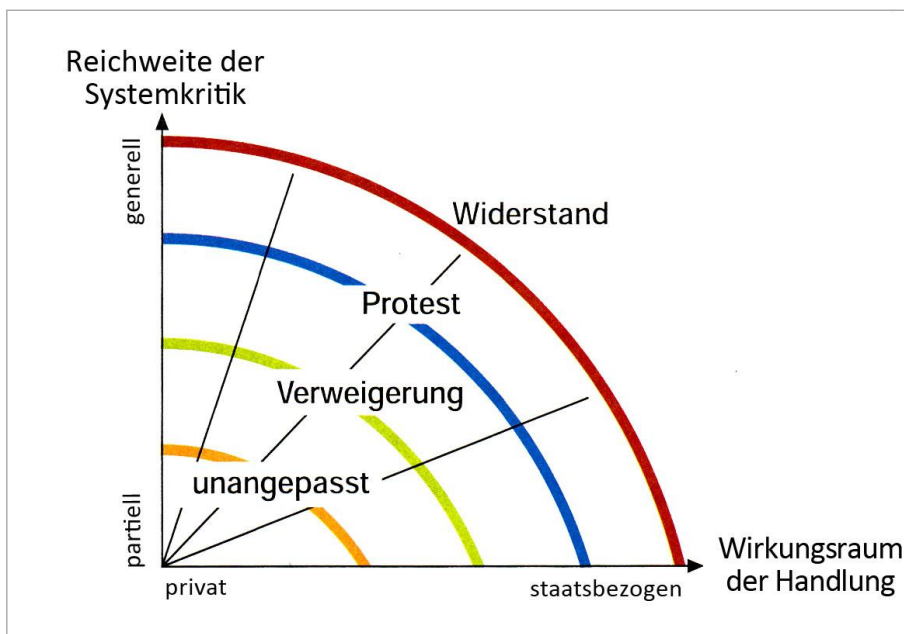


## Widerstand in DDR

Unter politischem Widerstand versteht man die Verweigerung des Gehorsams oder das aktive oppositionelle Handeln gegenüber der Obrigkeit oder der Regierung. Dabei unterscheidet man zwei unterschiedliche Ziele des Widerstands:

- entweder zielt er auf die Wiederherstellung des Status quo ante (= der vorherige Zustand) oder
- er ist gegen die Form einer Herrschaft gerichtet bzw. auf die Beseitigung einer Person, einer Obrigkeit, einer Regierung oder eines illegalen Regimes.

Weiterhin unterscheidet man zwischen verschiedenen Formen des Widerstands. Beispielsweise trennt man zwischen passivem und aktivem Widerstand, wobei Ersterer den gewaltlosen, Zweiterer den gewaltsamen Widerstand meint. Andere Formen des Widerstands sind z.B. ziviler Ungehorsam oder Spaßguerilla (provokante, phantasievolle Handlungen, bspw. Bewerfen mit Torten). Widerstand kann sowohl privat



(individuell) oder staatsbezogen (kollektiv) organisiert sein, die Reichweite der Systemkritik reicht von partiell bis generell. (vergleiche „Kategorien widerständigen Verhaltens nach Detlev Peukert“). Widerstand kann dabei allerdings selten eindeutig einer Kategorie zugeordnet werden, die Übergänge sind fließend.

Abb.1: Kategorien widerständigen Verhaltens nach Peukert (2007)

## Widerstand in der DDR

In der DDR gab es eine Vielzahl von politischem Widerstand gegen die Regierung. Dieser begann bereits bei unangepasstem Verhalten einzelner Menschen. Zwar bewirkte dieses Verhalten keinen politischen Umbruch, aber dennoch kann privates, widerständiges Verhalten bereits als eine Form des Widerstands verstanden werden, da der Einzelne damit Unzufriedenheit mit der aktuellen politischen Lage demonstriert.

Ein klassisches Beispiel ist das Nichteintreten in die Staatspartei SED. Da die DDR eine sozialistische Einparteiendiktatur war, war die SED die einzige herrschende Partei und möglichst viele Bürger sollten ihr beitreten. Besonders Personen, die eine politische Laufbahn oder eine Karriere im öffentlichen Dienst anstrebten, mussten als Voraussetzung SED-Mitglied sein. Wer demzufolge nicht in die Partei eintrat, grenzte sich öffentlich von der SED ab. Das gleiche gilt für die DDR-Organisation „Junge Pioniere“ für Kinder. Die Mitgliedschaft war freiwillig, allerdings wurde sie seitens des Staates und damit der Schule als selbstverständlich angesehen, sodass es eine Mitgliedsquote von 98% gab. Um kein Mitglied bei den Pionieren zu werden, mussten die Eltern der betroffenen Eltern von sich aus aktiv werden und sich somit aktiv gegen die Organisation des Staates stellen.

Weiteres unangepasstes Verhalten war etwa, an den Feiertagen (1. Mai, 7. Oktober) die Flagge der DDR nicht deutlich sichtbar rauszuhängen, womit man ebenfalls die Ablehnung zur Regierung deutlich machte. Ein weiteres Beispiel betrifft die Wahlen in der DDR: Zwar wurden diese nach demokratischem Muster mit Kabinen zur Stimmabgabe ausgestattet, wer davon jedoch Gebrauch machte, wurde im Regelfall registriert und musste mit Repressalien rechnen. Eine Wahlmöglichkeit zwischen Parteien war im heutigen Sinne nicht möglich, es gab nur eine Kandidatenliste, bestehend aus SED- Mitgliedern und Kandidaten von Blockparteien (Parteien unter dem Einfluss der SED).

Ein prinzipielles Nichterscheinen zur Wahl wurde in jedem Fall registriert und konnte für den Einzelnen grundlegende Konsequenzen für die weitere berufliche (Studium, betrieblicher Aufstieg) und private Entwicklung (Wohnraum, Urlaubsplätze, Autokauf) mit sich ziehen. Das Nicht- wählen stellt daher schon eine etwas „stärkere“ Form des Widerstands dar, nämlich der Verweigerung des Gehorsams. Dabei nimmt der Einzelne für den Widerstand teilweise schwerwiegende Folgen auf sich.

Personen mit widerständigem Verhalten mussten Überwachungen und teilweise Repressionen durch das Ministerium für Staatssicherheit (Stasi) in Kauf nehmen, da ein offenes, widerständiges Verhalten als illegal galt. Politisch Andersdenkende wurden im flächendeckend staatlichen Überwachungssystem, insbesondere mit Hilfe der offiziellen und inoffiziellen Einsatzkräfte der Stasi ermittelt und beobachtet, um bereits Anfänge einer öffentlichen DDR- kritischen Aktivität sofort unterbinden zu können. Je nach Grad des erwartenden Widerstands reichte die politische Verfolgung von bloßer Einschüchterung über Drangsalierung bis hin zu langjähriger Haft. Aber auch Folter und Einzelhaft gehörten insbesondere in den sogenannten Untersuchungshaftanstalten der Stasi zu den Zwangsmitteln, um politische Gefangene gefügig und geständig zu machen.

Widerstand wurde in der DDR auch in kirchlichen Kreisen durchgeführt. (Liste von kirchlicher Opposition siehe [http://de.wikipedia.org/wiki/DDR-Opposition\\_und\\_Widerstand](http://de.wikipedia.org/wiki/DDR-Opposition_und_Widerstand)). Dieser Widerstand lässt sich nicht mehr allein in den privaten Wirkungsraum einordnen, sondern tendiert schon eher in den staatsbezogenen Wirkungsraum, da es sich nicht mehr nur um „unangepasstes Verhalten“ handelt, sondern schon eine Art Protest darstellt. Denn viele Bürgerrechtler, die für eine Reformierung der DDR eintraten, organisierten sich unter dem Dach der Kirchen. Diese Treffen waren selbstverständlich unerlaubt und wurden von der Stasi bespitzelt. Viele von ihnen gründeten besonders während der Wendezeit politische Bürgerbewegungen.

Eine davon ist etwa das „Neue Forum“. Diese prägte die Wende wesentlich mit. Im September 1989 meldete sich das Forum entsprechend der DDR Verordnung an, zwei Tage später allerdings wurde über die staatliche Nachrichtenagentur ADN das Forum als verfassungs- und staatsfeindlich beschrieben. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits mehr als 3.000 Menschen den Aufruf unterschrieben. Das Neue Forum hatte ein hohes Maß an Mobilisierungswirkung. Der Protest auf den Straßen (Montagsdemonstrationen) und darüber hinaus nahezu täglich mehrere Demonstrationen in der gesamten DDR und viele Veranstaltungen wurden erheblich durch das Neue Forum getragen. Ein prominentes Gründungsmitglied des Neuen Forums ist Bärbel Bohley.

Eine weitere bekannte Bürgerbewegung war der „Demokratische Aufbruch“ (DA). Vorläufer dieser Bewegung war eine in Ost- Berlin gegründete Initiativgruppe mit überwiegend kirchlichen Vertretern. In der Anfangsphase vertrat der DA die Idee des demokratischen Sozialismus und forderte Reformen am DDR- System. Ein bekanntes Mitglied des Demokratischen Aufbruchs ist die heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Die extremste Form des Widerstands waren aber Demonstrationen bzw. Aufstände, bei denen eine Vielzahl an Bürgern ganz öffentlich und aktiv ihre Kritik an der Regierung kund gibt. Wenn man diese öffentlichen Demonstrationen also in eine Kategorie widerständigen Verhaltens einordnen soll, so sind diese sehr staatsbezogen und generell zu sehen. Daraus kann man ableiten, dass Massendemonstrationen und

Aufstände für die Bürger zwar am gefährlichsten sind, da es sich um einen zweifellos aktiven Widerstand handelt, aber auch, dass sie womöglich am meisten erfolgversprechend sind.

Ein großer Aufstand der DDR war der Aufstand des 17. Juni (Volksaufstand), bei dem es zu einer Welle von Streiks, Demonstrationen und Protesten kam. Dabei kam es an zwei Berliner Großbaustellen zu den ersten Arbeitsniederlegungen. Von beiden Baustellen aus formierte sich zunächst ein kleiner Protestzug, der sich auf dem Weg zum Haus der Gewerkschaften (Arbeiter forderten bessere Arbeitsbedingungen) und zum Regierungssitz vergrößerte. Außerdem wurden der Rücktritt der Regierung sowie freie Wahlen gefordert. Bei dem Volksaufstand starben mindestens 55 Menschen.

Weiterhin demonstrierten viele Bürger im Herbst 1989 bei den sogenannten Montagsdemonstrationen. Diese Massenorganisationen fanden seit dem 4. September 1989 in Leipzig statt, später auch in anderen Städten. Mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ meldeten sich Woche für Woche Hunderttausende DDR- Bürger im ganzen Land zu Wort und protestierten gegen die politischen Verhältnisse. Ziel war eine friedliche, demokratische Neuordnung und das Ende der SED- Herrschaft.

Bei den Demonstrationen der 80er Jahre spielte auch das Westfernsehen eine wichtige Rolle. Da westdeutsche Journalisten oftmals bei Aktionen der DDR- Opposition anwesend waren und diese filmten, vermieden die Sicherheitsorgane der DDR oftmals allzu brutale Gewalt gegen die Demonstranten.

#### Quellen:

[http://de.wikipedia.org/wiki/Au%C3%9Ferparlamentarische\\_Opposition](http://de.wikipedia.org/wiki/Au%C3%9Ferparlamentarische_Opposition); <http://de.wikipedia.org/wiki/68er-Bewegung>  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche\\_Studentenbewegung\\_der\\_1960er\\_Jahre](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Studentenbewegung_der_1960er_Jahre), [http://de.wikipedia.org/wiki/Benno\\_Ohnesorg](http://de.wikipedia.org/wiki/Benno_Ohnesorg)  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialistischer\\_Deutscher\\_Studentenbund](http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialistischer_Deutscher_Studentenbund); [http://de.wikipedia.org/wiki/Rote\\_Armee\\_Fraktion](http://de.wikipedia.org/wiki/Rote_Armee_Fraktion)  
<http://www.widerstand.info/>